

# **AMTSBLATT FÜR DEN LANDKREIS GREIZ**

**HERAUSGEGEBEN UND VERVIELFÄLTIGT IM  
LANDRATSAMT GREIZ,  
DR.-RATHENAU-PLATZ 11, 07973 GREIZ**

**Jahrgang 10 Ausgegeben am 19. Dezember 2003 Nr. 22 S. 348**

## **INHALT**

Betriebssatzung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz (TAWEG) vom 04.12.2003	S. 349 - 353
Satzung für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster – Greiz (TAWEG) (Entwässerungssatzung - EWS) vom 04.12.2003	S. 353 - 365
Verwaltungskostensatzung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster – Greiz (TAWEG) vom 04.12.2003	S. 365 - 375
Satzung für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtungen des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster – Greiz (TAWEG) (Wasserbenutzungssatzung – WBS) vom 04.12.2003	S. 376 - 388

# **Betriebssatzung des Zweckverbandes Trinkwas- serversorgung und Abwasserbeseitigung Wei- ße Elster - Greiz (TAWEG)**

Vom 04.12.2003

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes TAWEG hat auf Grund des § 76 Abs. 3 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) i.V.m. § 1 Abs. 1 der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) vom 15. Juli 1993 (GVBl. S. 432) i.V.m. §§ 20 Abs. 2, 23 Abs. 1 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290) in ihrer Sitzung vom 26.11.2003 die folgende Betriebssatzung des Zweckverbandes TAWEG beschlossen:

## **§ 1 Eigenbetrieb**

- (1) Die Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungseinrichtungen des Zweckverbandes werden als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesondertes wirtschaftliches Unternehmen des Zweckverbandes ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) geführt.
- (2) Der Eigenbetrieb führt den Namen "Wasserversorgungs- und Abwasserbehandlungswerke des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz". Der Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz tritt in

Angelegenheiten des Eigenbetriebes unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet "WAW".

## **§ 2**

### **Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes**

- (1) Der Eigenbetrieb wird nach der Thüringer Eigenbetriebsverordnung, der Verbandssatzung des Zweckverbandes TAWEG und den Bestimmungen der Betriebssatzung des Zweckverbandes TAWEG geführt.
- (2) Der Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist es:
  - a) die Versorgung des Verbandsgebietes mit Trink- und Brauchwasser sowie mit Wasser für öffentliche Zwecke zu gewährleisten,
  - b) Abwasser (Schmutzwasser und Regenwasser sowie Fäkal-schlamm) von den Grundstücken im Verbandsgebiet abzuleiten und unschädlich zu beseitigen.
- (3) Der Eigenbetrieb hat die Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungseinrichtungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu unterhalten, zu ergänzen und auszubauen.
- (4) Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben.
- (5) Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

**§ 3  
Stammkapital**

Das Stammkapital beträgt:

- (1) für das Wasserversorgungswerk  
500.000,- €
- (2) für das Abwasserbehandlungswerk  
500.000,- €.

**§ 4  
Werkleitung**

- (1) Die Werkleitung kann aus einem oder mehreren Werkleiter/n bestehen. Die Verbandsversammlung beschließt über die Bestellung und Abberufung der Werkleitung.
- (2) Die Werkleitung führt die laufenden Geschäfte des Eigenbetriebes. Laufende Geschäfte sind insbesondere
  1. die selbständige verantwortliche Leitung des Eigenbetriebes einschließlich Organisation und Geschäftsleitung,
  2. wiederkehrende Geschäfte, z. B. Werk- und Dienstverträge, Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs, auch soweit die Gegenstände auf Lager genommen werden,
  3. der Abschluss von Verträgen mit Tarif- und Sonderkunden,
  4. der Personaleinsatz,
  5. die Personalangelegenheiten, die im Rahmen von Verfügungen des Verbandsvorsitzenden nach § 33 Abs. 2, 4 und 5 KGG i. V. m. § 29 Abs. 3 ThürKO auf die Werkleitung übertragen sind, einschließlich Einstellung und Entlassungen von Bedien-

steten entsprechend dem beschlossenen Stellenplan, soweit sie nicht die Werkleitung selbst betreffen,

6. dienstrechtliche Maßnahmen,
  7. die Vergabe von sonstigen Aufträgen, soweit die Auftragssumme im Einzelfall nicht 25.000,- € überschreitet.
- (3) Die Werkleitung bereitet in den Angelegenheiten des Eigenbetriebes die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Werksausschusses vor. Verbandsversammlung und Werksausschuss geben ihr in Angelegenheiten des Eigenbetriebes die Möglichkeit zum Vortrag.
  - (4) Die Werkleitung nimmt an Sitzungen der Verbandsversammlung und des Werksausschusses mit beratender Stimme teil. Sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Beratungsgegenstand darzulegen.

**§ 5  
Werksausschuss**

- (1) Der Werksausschuss ist identisch mit dem Verbandsausschuss nach § 10 und § 16 der Verbandssatzung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz.
- (2) Der Werksausschuss kann jederzeit von der Werkleitung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens Berichterstattung verlangen.
- (3) Der Werksausschuss ist als vorberatender Ausschuss in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes tätig, die dem Beschluss

- der Verbandsversammlung unterliegen.
- (4) Der Werksausschuss entscheidet als beschließender Ausschuss über alle Werksangelegenheiten, soweit nicht die Werkleitung (§ 4), die Verbandsversammlung (§§ 7 und 8 der Verbandssatzung) oder der Verbandsvorsitzende (§§ 12 und 13 der Verbandssatzung) zuständig sind, insbesondere über:
1. Erlass einer Dienstanweisung für die Werkleitung,
  2. Rechtsgeschäfte und Vergabe von Lieferungen und Leistungen zur Ausführung des Vermögensplanes mit einer Auftragssumme von über 250.000,- € bis zu 500.000,- € sowie Mehrausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, wenn sie entweder 10 % des Ansatzes im Vermögensplan (mindestens aber 5.000,- €) oder 25.000,- € überschreiten,
  3. Rechtsgeschäfte zur Ausführung des Erfolgsplanes mit einer Auftragssumme von über 250.000,- € bis zu 500.000,- € sowie erfolgsgefährdende Mehraufwendungen (§ 14 Abs. 3 ThürEBV),
  4. Rechtsgeschäfte über Anlagevermögen, wenn der Gegenstandswert 5.000,- € überschreitet und das Rechtsgeschäft nicht genehmigungspflichtig ist; insoweit ist die Verbandsversammlung zuständig,
  5. Aufnahme von Einzelkrediten und Darlehen, Übernahme von Bürgschaften sowie über den Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die einer Aufnahme von Krediten wirtschaftlich gleichkommen,
  6. Erlass von Forderungen und Abschluss von außergerichtlichen Vergleichen, soweit der Gegenstandswert im Einzelfall mehr als 2.500,- € beträgt (die Vollstreckung betreffende Vorgänge ausgeschlossen),
  7. die Einleitung und Fortführung von Gerichtsverfahren und den Abschluss von Vergleichen mit einem Gegenstandswert über 2.500,- € im Einzelfall (die Vollstreckung betreffende Vorgänge ausgenommen),
  8. Stundung von Forderungen über 10.000,- € im Einzelfall oder länger als 6 Monate,
  9. Personalangelegenheiten, soweit nicht die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende oder die Werkleitung zuständig sind,
  10. der Verbandsversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses vorzuschlagen und über die Behandlung des Ergebnisses zu entscheiden,
  11. die Bestellung der Stellvertreter für die Werkleitung.
- § 6**  
**Verbandsvorsitzender**
- (1) Der Verbandsvorsitzende ist zuständig für die Vergabe von Aufträgen und Zustimmung zu Verträgen mit einem Geschäftswert von 25.000,- € bis zu 250.000,- € (§ 13 Abs. 3 der Verbandssatzung).
  - (2) Der Verbandsvorsitzende entscheidet über die Behandlung aller Werksangelegenheiten, sofern sie nicht in die Kompetenz des Werksausschusses, der Verbandsversammlung oder der Werkleitung fallen.

**§ 7**

**Vertretungsbefugnis**

- (1) Der Zweckverband wird in Werkangelegenheiten auch durch die Werkleitung vertreten. § 13 Abs. 1 S. 1 der Verbandssatzung bleibt unberührt.
- (2) Die Werkleitung kann ihre Vertretungsbefugnis für bestimmte Angelegenheiten im Einzelfall auf Bedienstete des Eigenbetriebes übertragen bzw. Dritten Vollmacht erteilen.
- (3) Die Vertretungsberechtigten nach Abs. 1 und ihre Stellvertreter sind im "Thüringer Staatsanzeiger" öffentlich bekannt zugeben.

**§ 8**

**Verpflichtungserklärung**

- (1) Verpflichtende Erklärungen der Werkleitung und von sonstigen bevollmächtigten Bediensteten bzw. Dritten bedürfen der Schriftform; die Unterzeichnung erfolgt handschriftlich unter dem Namen "WAW" des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz gemäß § 7 Abs. 1 und 2.
- (2) Die Werkleitung unterzeichnet ohne Beifügung eines Vertretungssatzes, die Stellvertreter mit dem Zusatz "in Vertretung" und andere Vertretungsberechtigte mit dem Zusatz "im Auftrag".

**§ 9**

**Wirtschaftsführung und Rechnungswesen**

- (1) Der Eigenbetrieb ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Die Versorgung hat so gut und preiswert wie möglich zu er-

folgen. Im übrigen gelten die Vorschriften der Thüringer Eigenbetriebsverordnung über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen.

- (2) Die Werkleitung hat den Verbandsvorsitzenden und den Verbandsausschuss halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten (§ 19 ThürEBV).
- (3) Die Werkleitung hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Schluss des Wirtschaftsjahres aufzustellen, zu unterschreiben und vorzulegen (§ 25 Thür-EBV).
- (4) Das Rechnungswesen ist getrennt nach den Betriebszweigen Wasser und Abwasser zu führen.

**§ 10**

**Wirtschaftsjahr**

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes ist das Kalenderjahr.

**§ 11**

**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Greiz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 21.01.1998 außer Kraft.

Greiz, 2003-12-04

Dr. Hemmann  
Verbandsvorsitzender

**Hinweis nach § 21 Abs. 4 ThürKO**

„Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- und Formschriften, die in der ThürKO enthalten oder auf Grund der ThürKO erlassen worden ist, zustande gekommen, so ist die Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Wurde eine Verletzung nach Satz 1 geltend gemacht, so kann auch nach dem Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

**Satzung für die Benutzung  
der öffentlichen  
Entwässerungseinrichtung  
des Zweckverbandes  
Trinkwasserversorgung  
und Abwasserbeseitigung  
Weiße Elster - Greiz (TA-  
WEG)**

**(Entwässerungssatzung - EWS)**

Vom 04.12.2003

**Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes TAWEG hat aufgrund der §§ 20 Abs. 2, 23 Abs. 1 S. 1 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290 ff.) i.V.m. § 19 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der**

**Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41 ff.) in ihrer Sitzung vom 26.11.2003 die folgende Satzung für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz (TAWEG) beschlossen:**

**§ 1**

**Öffentliche Einrichtung**

- (1) Der Zweckverband betreibt zur Abwasserbeseitigung eine öffentliche Einrichtung (Entwässerungseinrichtung).
- (2) Die Entwässerungseinrichtung umfasst die leitungsgebundene Entwässerungsanlage und die Fäkalschlamm Entsorgung. Art und Umfang der Entwässerungseinrichtung bestimmt der Zweckverband.
- (3) Zur Entwässerungsanlage des Zweckverbandes gehören auch die Grundstücksanschlüsse, soweit sie sich im öffentlichen Straßenkörper befinden.

**§ 2**

**Grundstücksbegriff, Grundstückseigentümer**

- (1) Grundstücke im Sinne dieser Satzung sind abgegrenzte Teile der Erdoberfläche, die im Bestandsverzeichnis eines Grundbuchblattes unter einer besonderen Nummer eingetragen sind. Mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinne des Grundbuchrechts stellen ein Grundstück im Sinne dieser Satzung dar, wenn sie wegen verbindlicher planerischer Feststellung oder tatsächlicher Geländeverhältnisse nur in dieser Form baulich oder gewerblich nutzbar

sind, diese Grundstücke oder Grundstücksteile aneinander angrenzen und die Eigentumsverhältnisse insoweit identisch sind.

- (2) Die Vorschriften dieser Satzung für die Grundstückseigentümer gelten auch für Erbbauberechtigte und Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechtes im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB). Von mehreren dinglich am Grundstück Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner. § 2 Abs. 3 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) bleibt unberührt.

### **§ 3 Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Satzung haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

**Abwasser** ist Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften verändert ist oder das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließt. Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, einschließlich Jauche und Gülle, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden; nicht zum Aufbringen bestimmt ist insbesondere das menschliche Fäkalabwasser.

**Kanäle** sind Mischwasserkanäle, Schmutzwasserkanäle oder Regenwasserkanäle einschließlich der Sonderbauwerke wie z. B. Regenrückhal-

tebecken, Pumpwerke, Regenüberläufe.

**Schmutzwasserkanäle** dienen ausschließlich der Aufnahme von Schmutzwasser.

**Mischwasserkanäle** sind zur Aufnahme von Niederschlags- und Schmutzwasser bestimmt.

**Regenwasserkanäle** dienen ausschließlich der Aufnahme von Niederschlagswasser.

**Zentralkläranlage** ist eine Anlage zur Reinigung des in den Kanälen gesammelten Abwassers einschließlich der Ableitung zum Gewässer.

**Grundstücksanschlüsse (Anschlusskanäle)** sind die Leitungen vom Kanal bis zum Kontroll-/Messschacht.

**Grundstücksentwässerungsanlagen** sind Einrichtungen eines Grundstückes, die zum Ableiten des Abwassers dienen, bis einschließlich des Kontroll-/Messschachtes bzw. der Grundstückskläranlage.

**Grundstückskläranlagen** sind Anlagen eines Grundstückes zur Behandlung von Abwasser. Gruben zur Sammlung des Abwassers sind den Grundstückskläranlagen gleichgestellt.

**Fäkalschlamm** ist der Anteil des Abwassers, der in der Grundstückskläranlage zurückgehalten wird und im Rahmen der öffentlichen Entsorgung in Abwasseranlagen eingeleitet oder eingebracht wird.

### **§ 4 Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Grundstückseigentümer kann verlangen, dass sein Grundstück, das durch einen Kanal erschlossen ist, nach Maßga-

be dieser Satzung an die leitungsgebundene Entwässerungsanlage angeschlossen wird. Er ist berechtigt, nach Maßgabe der §§ 14 bis 17 alles Abwasser in die leitungsgebundene Entwässerungsanlage einzuleiten. Welche Grundstücke durch einen Kanal erschlossen werden, bestimmt der Zweckverband. Der Grundstückseigentümer kann unbeschadet weiter gehender bundes- und landesgesetzlicher Vorschriften nicht verlangen, dass neue Kanäle hergestellt oder bestehende Kanäle geändert werden.

- (2) Grundstückseigentümer, auf deren Grundstück das dort anfallende Abwasser nicht in eine leitungsgebundene Entwässerungsanlage mit Zentralkläranlage eingeleitet werden kann, sind zum Anschluss und zur Benutzung der öffentlichen Fäkalschlamm Entsorgung berechtigt.
- (3) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht,
  1. wenn das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht ohne weiteres von der öffentlichen Entwässerungsanlage übernommen werden kann und besser von demjenigen behandelt wird, bei dem es anfällt;
  2. solange eine Übernahme des Abwassers technisch oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht möglich ist;
  3. wenn die gesonderte Behandlung des Abwassers wegen der Siedlungsstruktur das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt.
- (4) Unbeschadet des Absatzes 3 besteht ein Benutzungsrecht nicht,

soweit eine Versickerung oder anderweitige Beseitigung von Niederschlagswasser ordnungsgemäß möglich ist. Der Zweckverband kann hiervon Ausnahmen zulassen oder bestimmen, wenn die Ableitung von Niederschlagswasser aus betriebstechnischen Gründen erforderlich ist.

## **§ 5**

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Die zum Anschluss Berechtigten (§ 4 Abs. 1) sind verpflichtet, bebauten und auch unbebauten Grundstücke, wenn dort Abwasser anfällt, an die leitungsgebundene Entwässerungsanlage anzuschließen (Anschlusszwang). Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist. Ein Grundstück gilt als bebaut, wenn auf ihm bauliche Anlagen, bei deren Benutzung Abwasser anfallen kann, dauernd oder vorübergehend vorhanden sind.
- (2) Die zur Benutzung der öffentlichen Fäkalschlamm Entsorgung Berechtigten (§ 4 Abs. 2) sind verpflichtet, für ihre Grundstücke die öffentliche Fäkalschlamm Entsorgungseinrichtung zu benutzen. Zufahrt und Grundstückskläranlage sind so in Stand zu halten, dass jederzeit ungehindert die Abfuhr erfolgen kann.
- (3) Von Grundstücken, die an die leitungsgebundene Entwässerungsanlage angeschlossen sind oder von denen der Fäkalschlamm entsorgt wird, ist im Umfang des Benutzungsrechtes alles Abwasser in die leitungsgebundene Entwässerungsanlage einzuleiten und bei der Fäkalschlamm Entsorgung der Grundstücksklä-

ranlage zuzuführen (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke. Sie haben auf Verlangen des Zweckverbandes die dafür erforderliche Überwachung zu dulden.

### **§ 6**

#### **Befreiung von Anschluss- oder Benutzungszwang**

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung wird auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zumutbar ist. Eine Befreiung von der Fäkal-schlamm Entsorgung kann insbesondere für landwirtschaftliche Betriebe erfolgen, wenn der dort anfallende Fäkal-schlamm auf betriebseigenen Ackerflächen ordnungsgemäß aufgebracht werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich beim Zweckverband einzureichen.
- (2) Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

### **§ 7**

#### **Sondervereinbarungen**

- (1) Ist der Eigentümer nicht zum Anschluss oder zur Benutzung berechtigt oder verpflichtet, so kann der Zweckverband durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen.
- (2) Für dieses Benutzungsverhältnis gelten die Bestimmungen dieser Satzung und der Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung und der Gebührensatzung zur Ent-

wässerungssatzung entsprechend. Soweit es sachgerecht ist, kann die Sondervereinbarung auch abweichende Regelungen treffen.

- (3) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, den Zweckverband unverzüglich über eine Veräußerung des Grundstücks zu informieren und die Sondervereinbarung auf den Grundstückserwerber zu übertragen. Vorbehaltlich einer ausdrücklichen Übertragung gehen die Rechte und Pflichten aus der Sondervereinbarung auch durch tatsächliche Inanspruchnahme (Einleitung von Abwasser) auf den Grundstückserwerber über.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend auch für diejenigen Sondervereinbarungen, die vom Rechtsvorgänger des Zweckverbandes auf der Grundlage der Abwassereinleitungsbedingungen der DDR (GBl. 1978, S. 324 ff.) geschlossen wurden. Landes- und bundesrechtliche Gewässer- bzw. Umweltschutzbestimmung bleiben unberührt.

### **§ 8**

#### **Grundstücksanschluss**

- (1) Die Grundstücksanschlüsse werden, soweit sie nicht nach § 1 Abs. 3 Bestandteil der Entwässerungsanlage sind, von den Grundstückseigentümern hergestellt, erneuert, geändert und unterhalten; die §§ 10 bis 12 gelten entsprechend.
- (2) Der Zweckverband bestimmt Zahl, Art, Nennweite und Führung der Grundstücksanschlüsse. Er bestimmt auch, wo und an welchen Kanal anzuschließen ist. Begründete Wünsche der Grund-

stückseigentümer werden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt. Soll der Grundstücksanschluss auf Wunsch des Grundstückseigentümers nachträglich geändert werden, sind die näheren Einzelheiten, insbesondere der Kostentragung, vorab in einer gesonderten Vereinbarung zu regeln.

- (3) Jeder Eigentümer, dessen Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen oder anzuschließen ist, muss die Verlegung von Grundstücksanschlüssen, den Einbau von Schächten, Schiebern, Messeinrichtungen und dergleichen sowie von Sonderbauwerken zulassen, ferner das Anbringen von Hinweisschildern dulden, soweit diese Maßnahmen für die ordnungsgemäße Beseitigung des auf seinem Grundstück anfallenden Abwassers erforderlich sind.
- (4) Der Grundstücksanschluss besteht aus einem Anschlusskanal für die Einleitung von Mischwasser bzw. aus jeweils einem Anschlusskanal für Schmutz- und Regenwasser bei Trennsystem.

### **§ 9**

#### **Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Jedes Grundstück, das an die öffentliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen wird, ist vorher vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen, die nach den anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten und zu ändern ist.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind mit einer Grundstückskläranlage zu versehen, wenn das Abwasser keiner Zen-

tralkläranlage zugeführt wird. Die Grundstückskläranlage ist auf dem anzuschließenden Grundstück so zu erstellen, dass die Abfuhr des Fäkalschlammes durch Entsorgungsfahrzeuge möglich ist; sie ist Bestandteil der Grundstücksentwässerungsanlage.

- (3) Am Ende der Grundstücksentwässerungsanlage ist ein Kontrollschacht vorzusehen. Der Zweckverband kann verlangen, dass anstelle oder zusätzlich zum Kontrollschacht ein Messschacht zu erstellen ist.
- (4) Besteht zum Kanal kein ausreichendes Gefälle, so kann der Zweckverband vom Grundstückseigentümer den Einbau und Betrieb einer Hebeanlage zur Entwässerung des Grundstückes verlangen, wenn ohne diese Anlage eine ordnungsgemäße Beseitigung der Abwässer bei einer den Regeln der Technik entsprechenden Planung und Ausführung des Kanalsystems nicht möglich ist.
- (5) Gegen den Rückstau des Abwassers aus der öffentlichen Einrichtung hat sich jeder Anschlussnehmer selbst zu schützen.
- (6) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sowie Arbeiten daran dürfen nur durch fachlich geeignete Unternehmer ausgeführt werden.

### **§ 10**

#### **Zulassung der Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Bevor die Grundstücksentwässerungsanlage hergestellt oder geändert wird, sind dem Zweckver-

band folgende Unterlagen in doppelter Fertigung einzureichen:

- a) Lageplan des zu entwässernden Grundstücks im Maßstab 1:1000,
- b) Grundriss- und Flächenpläne im Maßstab 1:100, aus denen der Verlauf der Leitungen und im Falle des § 9 Abs. 2 die Grundstückskläranlage und die befestigte Zufahrt für die Fäkal-schlamm-sorgung ersichtlich sind,
- c) Längsschnitte aller Leitungen mit Darstellung der Entwässerungsgegenstände im Maßstab 1:100, bezogen auf Normalhöhenull (NHN), aus denen insbesondere die Gelände- und Kanalsohlenhöhen, die maßgeblichen Kellersohlenhöhen, Querschnitte und Gefälle der Kanäle, Schächte und die höchste Grundwasseroberfläche zu ersehen sind,
- d) wenn Gewerbe- oder Industrieabwässer oder Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom Haushaltsabwasser abweicht, zugeführt werden, ferner Angaben über:
  - Zahl der Beschäftigten und der ständigen Bewohner auf dem Grundstück, wenn deren Abwasser mit erfasst werden soll;
  - Menge und Beschaffenheit des Verarbeitungsmaterials der Erzeugnisse;
  - die Abwasser erzeugenden Betriebsvorgänge;
  - Höchstzufluss und Beschaffenheit des zum Einleiten bestimmten Abwassers;
  - die Zeiten, in denen eingeleitet wird, die Vorbehandlung des Abwassers (Küh-

lung, Reinigung, Neutralisation, Dekontaminierung) mit Bemessungsnachweisen.

Soweit nötig, sind die Angaben zu ergänzen durch den wasserwirtschaftlichen Betriebsplan (Zufluss, Verbrauch, Kreislauf, Abfluss) und durch Pläne der zur Vorbehandlung beabsichtigten Einrichtungen. Die Pläne haben den bei dem Zweckverband ausliegenden Planmustern zu entsprechen. Alle Unterlagen sind von den Bauherren und Planfertigern zu unterschreiben.

- (2) Der Zweckverband prüft, ob die beabsichtigten Grundstücksentwässerungsanlagen den Bestimmungen dieser Satzung entsprechen. Ist das der Fall, so erteilt der Zweckverband schriftlich seine Zustimmung und gibt eine Fertigung der eingereichten Unterlagen mit Zustimmungsvermerk zurück. Die Zustimmung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Andernfalls setzt der Zweckverband dem Bauherrn unter Angabe der Mängel eine angemessene Frist zur Berichtigung. Die geänderten Unterlagen sind sodann erneut einzureichen.
- (3) Mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlagen darf erst nach schriftlicher Zustimmung des Zweckverbandes begonnen werden. Eine Genehmigungspflicht nach sonstigen, insbesondere nach straßen-, bau- und wasserrechtlichen Bestimmungen bleibt durch die Zustimmung unberührt.
- (4) Von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 kann der Zweckverband Ausnahmen zulassen.

### **Herstellung, Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Die Grundstückseigentümer haben dem Zweckverband den Beginn des Herstellens, des Änderns, des Ausführens größerer Unterhaltungsarbeiten oder des Beseitigens drei Tage vorher schriftlich anzuzeigen und gleichzeitig den Unternehmer zu benennen. Muss wegen Gefahr im Verzug mit den Arbeiten sofort begonnen werden, so ist der Beginn innerhalb 24 Stunden schriftlich anzuzeigen.
- (2) Der Zweckverband ist berechtigt, die Arbeiten zu überprüfen. Die Grundstücksentwässerungsanlage darf nur mit vorheriger Zustimmung des Zweckverbandes verdeckt werden. Andernfalls ist sie auf Anordnung des Zweckverbandes freizulegen.
- (3) Die Grundstückseigentümer haben zu allen Überprüfungen Arbeitskräfte, Geräte und Werkstoffe bereitzustellen.
- (4) Festgestellte Mängel sind innerhalb einer angemessenen Frist durch die Grundstückseigentümer zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist dem Zweckverband zur Nachprüfung anzuzeigen.
- (5) Der Zweckverband kann verlangen, dass die Grundstücksentwässerungsanlagen nur mit seiner Zustimmung in Betrieb genommen werden. Die Zustimmung kann insbesondere davon abhängig gemacht werden, dass seitens des vom Grundstückseigentümer beauftragten Unterneh-

mers eine Bestätigung über die Dichtigkeit und Funktionsfähigkeit der Anlagen vorgelegt wird.

- (6) Die Zustimmung nach § 10 Abs. 3 und die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage durch den Zweckverband befreien den Grundstückseigentümer, den Bauherrn, den ausführenden Unternehmer und den Planfertiger nicht von der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung der Anlage.

### **§ 12 Überwachung**

- (1) Der Zweckverband ist befugt, die Grundstücksentwässerungsanlagen jederzeit zu überprüfen, Abwasserproben zu entnehmen und Messungen durchzuführen. Dasselbe gilt für die Grundstücksanschlüsse und Kontroll-/Messschächte, wenn der Zweckverband sie nicht selbst unterhält. Zu diesem Zweck sind den Beauftragten des Zweckverbandes, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, ungehindert Zugang zu allen Anlageteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Grundstückseigentümer werden davon möglichst vorher verständigt; das gilt nicht für Probeentnahmen und Abwassermessungen.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die von ihm zu unterhaltenden Grundstücksentwässerungsanlagen in Abständen von zehn Jahren durch einen fachlich geeigneten Unternehmer auf Bauzustand, insbesondere Dichtigkeit und Funktionsfähigkeit, untersuchen und festgestellte Mängel beseitigen zu lassen. Über die durchgeführten Untersuchungen und über die Mängel-

beseitigung ist dem Zweckverband eine Be-stätigung des damit beauftragten Unternehmers vorzulegen. Der Zweckverband kann darüber hinaus jederzeit verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltenen Anlagen in einen Zustand gebracht werden, der Störungen anderer Einleiter, Beeinträchtigungen der öffentlichen Entwässerungsanlage und Gewässer-verunreinigungen ausschließt.

- (3) Wird Gewerbe- oder Industrieabwasser oder Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom Hausabwasser abweicht, zugeführt, ist dies dem Zweckverband meldepflichtig. Der Zweckverband kann den Einbau und Betrieb von Überwachungsanlagen verlangen.
- (4) Die Grundstückseigentümer haben Störungen und Schäden an den Grundstücksanschlüssen, Kontroll-/Messschächten, Grundstücksentwässerungsanlagen, Überwachungseinrichtungen und etwaigen Vorbehandlungsanlagen unverzüglich dem Zweckverband anzuzeigen.
- (5) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 gelten auch für die Benutzer der Grundstücke.

### **§ 13**

#### **Stillegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück**

Abflusslose Gruben und Sickeranlagen sind außer Betrieb zu setzen, sobald ein Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen ist; das Gleiche gilt für Grundstückskläranlagen, sobald die Abwässer einer ausreichenden Zentralkläranlage zugeführt werden. Sonstige Grundstücksentwässerungseinrichtungen sind, wenn sie

den Bestimmungen der §§ 9 bis 11 nicht entsprechen, in dem Umfang außer Betrieb zu setzen, in dem das Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage anzuschließen ist.

### **§ 14**

#### **Entsorgung des Fäkalschlammes**

- (1) Der Zweckverband oder der von ihm beauftragte Abfuhrunternehmer räumt die Grundstückskläranlage und führt den Fäkalschlamm nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik ab. Den Vertretern des Zweckverbandes und seinen Beauftragten ist ungehinderter Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen zu gewähren.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist für die fristgemäße Entsorgung der Grundstückskläranlage verantwortlich. Er ist verpflichtet, mindestens fünf Werktage vor dem in Aussicht genommenen Entsorgungstermin die Entsorgung bei dem Zweckverband oder bei dem vom Zweckverband beauftragten Abfuhrunternehmer anzumelden und einen Entsorgungstermin zu vereinbaren.
- (3) Der Zweckverband behält sich vor, die frist- und ordnungsgemäße Entsorgung des Fäkalschlammes zu kontrollieren.
- (4) Der Inhalt der Grundstückskläranlagen geht mit der Abfuhr in das Eigentum des Zweckverbandes über. Der Zweckverband ist nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

**§ 15**

**Verbot des Einleitens, Einleitungsbedingungen**

- (1) In die öffentliche Entwässerungsanlage dürfen Stoffe nicht eingeleitet oder eingebracht werden, die
- die dort beschäftigten Personen gefährden oder deren Gesundheit beeinträchtigen;
  - die öffentliche Entwässerungsanlage oder die angeschlossenen Grundstücke gefährden oder beschädigen;
  - den Betrieb der Entwässerungsanlage erschweren, behindern oder beeinträchtigen;
  - die landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Verwertung des Klärschlammes erschweren oder verhindern oder
  - sich sonst schädlich auf die Umwelt, insbesondere die Gewässer, auswirken.
- (2) Dieses Verbot gilt insbesondere für
1. feuergefährliche Stoffe oder zerknallfähige Stoffe wie Benzin, Benzol, Öl;
  2. infektiöse Stoffe, Medikamente;
  3. radioaktive Stoffe;
  4. Farbstoffe, soweit sie zu einer deutlichen Verfärbung des Abwassers in der Zentralkläranlage oder des Gewässers führen, Lösemittel;
  5. Abwasser oder andere Stoffe, die schädliche Ausdünstungen, Gase oder Dämpfe verbreiten können;

6. Grund- und Quellwasser;
7. feste Stoffe, auch in zerkleinerter Form, wie Schutt, Asche, Sand, Kies, Faserstoffe, Zement, Kunstharze, Teer, Pappe, Dung, Küchenabfälle, Schlachtabfälle, Treber, Hefe, flüssige Stoffe, die erhärten;
8. Räumgut aus Leichtstoff- und Fettabscheidern, Jauche, Gülle, Abwasser aus Dunggruben und Tierhaltungen, Silagegärsaft, Blut aus Schlächtereien, Molke;
9. Absetzgut, Schlämme oder Suspensionen aus Vorbehandlungsanlagen, Räumgut aus Grundstückskläranlagen und abflusslosen Gruben unbeschadet der Regelungen zur Beseitigung der Fäkal-schlämme;
10. Stoffe oder Stoffgruppen, die wegen der Besorgung einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungs-fähigkeit oder einer krebserzeugenden, fruchtschädigenden oder erbgutverändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind, wie Schwermetalle, Cyanide, halogenierte Kohlenwasserstoffe, polycyclische Aromaten, Phenole.

Ausgenommen sind:

- a) unvermeidbare Spuren solcher Stoffe im Abwasser in der Art und in der Menge, wie sie auch im Abwasser aus Haushaltungen üblicherweise anzutreffen sind;
- b) Stoffe, die nicht vermieden oder in einer Vorbehandlungsanlage zurückgehalten werden können und deren Einleitung der Zweckverband in den Ein-

leitungsbedingungen nach Absatz 3 zugelassen hat.

11. Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben,
- von dem zu erwarten ist, dass es auch nach der Behandlung in der Zentralkläranlage nicht den Mindestanforderungen nach § 7 a des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechen wird;
  - das wärmer als + 35 °C ist;
  - das einen pH-Wert von unter 6,5 oder über 9,5 aufweist;
  - das aufschwimmende Öle und Fette enthält;
  - das als Kühlwasser benutzt worden ist.
- (3) Die Einleitungsbedingungen nach Absatz 2 Nr. 10 Buchst. b) werden gegenüber den einzelnen Anschlusspflichtigen oder im Rahmen der Sondervereinbarung festgelegt.
- (4) Über Absatz 3 hinaus kann der Zweckverband in den Einleitungsbedingungen auch die Einleitung von Abwasser besonderer Art und Menge ausschließen oder von besonderen Voraussetzungen abhängig machen, soweit dies zum Schutz des Betriebspersonals, der Entwässerungsanlage oder zur Erfüllung der für den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage geltenden Vorschriften, insbesondere der Bedingungen und Auflagen des dem Zweckverband erteilten wasserrechtlichen Bescheides, erforderlich ist.
- (5) Der Zweckverband kann die Einleitungsbedingungen nach Absatz

3 und 4 neu festlegen, wenn die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage nicht nur vorübergehend nach Art oder Menge wesentlich geändert wird oder wenn sich die für den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage geltenden Gesetze oder Bescheide ändern. Der Zweckverband kann Fristen festlegen, innerhalb derer die zur Erfüllung der geänderten Anforderungen notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

- (6) Der Zweckverband kann die Einleitung von Stoffen im Sinne der Absätze 1 und 2 zulassen, wenn der Verpflichtete Vorkehrungen trifft, durch die die Stoffe ihre gefährdende oder schädigende oder den Betrieb der öffentlichen Entwässerungsanlage erschwerende Wirkung verlieren. In diesem Fall hat er dem Zweckverband eine Beschreibung nebst Plänen in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Der Zweckverband kann die Einleitung der Stoffe zulassen, erforderlichenfalls nach Anhörung der für den Gewässerschutz zuständigen Sachverständigen.
- (7) Besondere Vereinbarungen zwischen dem Zweckverband und einem Verpflichteten, die das Einleiten von Stoffen im Sinne des Absatzes 1 durch entsprechende Vorkehrungen an der öffentlichen Entwässerungsanlage ermöglichen, bleiben vorbehalten.
- (8) Wenn Stoffe im Sinne des Absatzes 1 in eine Grundstücksentwässerungsanlage oder in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangen, ist der Zweckverband sofort zu verständigen.

- (9) In Schmutzwasserkanäle darf nur Schmutzwasser, in Regenwasserkanäle nur Niederschlagswasser eingeleitet werden.
- (10) Die wesentliche Änderung der Abwassereinleitung nach Menge oder Beschaffenheit bedarf der vorherigen Zustimmung des Zweckverbandes.

### **§ 16 Abscheider**

- (1) Sofern mit dem Abwasser Leichtflüssigkeiten, wie z. B. Benzin, Benzol, Öle oder Fette, mit abgeschwemmt werden können, sind in die Grundstücksentwässerungsanlage Abscheider einzuschalten und insoweit ausschließlich diese zu benutzen.
- (2) Die Abscheider müssen in regelmäßigen Zeitabständen und bei Bedarf entleert werden. Der Zweckverband kann den Nachweis der ordnungsgemäßen Entleerung verlangen. Das Abscheidgut ist schadlos zu entsorgen.

### **§ 17 Untersuchung des Abwassers**

- (1) Der Zweckverband kann über die Art und Menge des eingeleiteten oder einzuleitenden Abwassers Aufschluss verlangen. Bevor erstmalig Abwasser eingeleitet wird oder wenn Art oder Menge des eingeleiteten Abwassers geändert werden, ist dem Zweckverband auf Verlangen nachzuweisen, dass das Abwasser keine Stoffe enthält, die unter das Verbot des § 15 fallen.
- (2) Der Zweckverband kann eingeleitetes Abwasser jederzeit, auch periodisch, auf Kosten des Grundstückseigentümers unter-

suchen lassen. Der Zweckverband kann verlangen, dass die nach § 12 Abs. 3 eingebauten Überwachungseinrichtungen ordnungsgemäß betrieben und die Messergebnisse vorgelegt werden.

- (3) Die Beauftragten des Zweckverbandes und die Bediensteten der für die Gewässeraufsicht zuständigen Behörden können die anzuschließenden oder die angeschlossenen Grundstücke betreten, wenn dies zur Durchführung der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Maßnahmen erforderlich ist.

### **§ 18 Haftung**

- (1) Der Zweckverband haftet unbeschadet des Absatzes 2 nicht für Schäden, die auf solchen Betriebsstörungen beruhen, die sich auch bei ordnungsgemäßer Planung, Ausführung und Unterhaltung der Entwässerungseinrichtung nicht vermeiden lassen. Satz 1 gilt insbesondere auch für Schäden, die durch Rückstau hervorgerufen werden.
- (2) Der Zweckverband haftet für Schäden, die sich aus dem Benutzen der öffentlichen Entwässerungseinrichtung ergeben, nur dann, wenn einer Person, derer sich der Zweckverband zur Erfüllung seiner Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben für die ordnungsgemäße Benutzung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung einschließlich des Grundstücksanschlusses zu sorgen.

- (4) Wer den Vorschriften dieser Satzung oder einer Sondervereinbarung zuwiderhandelt, haftet dem Zweckverband für alle ihm dadurch entstehenden Schäden und Nachteile. Dasselbe gilt für Schäden und Nachteile, die durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage oder des Grundstücksanschlusses verursacht werden, soweit dieser nach § 8 vom Grundstückseigentümer herzustellen, zu erneuern, zu ändern und zu unterhalten ist. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

### **§ 19 Grundstücksbenutzung**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Ableitung von Abwasser über sein im Entsorgungsgebiet liegendes Grundstück sowie sonstige Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen, wenn und soweit diese Maßnahmen für die örtliche Abwasserbeseitigung erforderlich sind. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen oder anzuschließen sind, die vom Eigentümer im wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem angeschlossenen oder zum Anschluss vorgesehenen Grundstück genutzt werden oder für die die Möglichkeit der örtlichen Abwasserbeseitigung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Die Verpflichtung entfällt, soweit die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer in unzumutbarer Weise belasten würde.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist rechtzeitig über Art und Umfang

der beabsichtigten Inanspruchnahme seines Grundstückes zu benachrichtigen.

- (3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat der Zweckverband zu tragen, soweit die Einrichtung nicht ausschließlich der Entsorgung des Grundstückes dient.
- (4) Die Absätze 1 und 3 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

### **§ 20 Ordnungswidrigkeiten**

Nach § 19 ThürKO in Verbindung mit §§ 16 Abs. 1, 23 Abs. 1 S. 1 ThürKGG kann nach dieser Bestimmung mit Geldbuße bis zu 5.000,- € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Vorschriften über den Anschluss- und Benutzungszwang (§ 5) zuwiderhandelt;
2. eine der in § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 4, 5 und § 17 Abs. 1, 2 festgelegten Melde-, Auskunfts- oder Vorlagepflichten verletzt;
3. entgegen § 10 Abs. 3 vor Zustimmung des Zweckverbandes mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage beginnt;
4. entgegen den Vorschriften des § 15 Abwasser in die öffentliche Entwässerungsanlage einleitet.

### **§ 21 Anordnungen für den Einzelfall, Zwangsmittel**

- (1) Der Zweckverband kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

### **§ 22 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Greiz in Kraft. Gleichzeitig treten die Entwässerungssatzungen vom 28.01.1993 und vom 03.03.2003 außer Kraft.

Greiz, 2003-12-04

Dr. Hemmann  
Verbandsvorsitzender

### **Hinweis nach § 21 Abs. 4 ThürKO**

„Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- und Formschriften, die in der ThürKO enthalten oder auf Grund der ThürKO erlassen worden ist, zustande gekommen, so ist die Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Wurde eine Verletzung nach Satz 1 geltend ge-

macht, so kann auch nach dem Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

## **Verwaltungskostensatzung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz (TA- WEG)**

Vom 04.12.2003

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes TAWEG hat aufgrund der §§ 20 Abs. 2, 23 Abs. 1 S. 1 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290) i.V.m. § 19 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) i.V.m. §§ 2, 10, 11 und 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301) in ihrer Sitzung vom 26.11.2003 die folgende Verwaltungskostensatzung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz (TAWEG) beschlossen:

### **§ 1 Kostenpflichtiges Verwaltungshandeln**

- (1) Der Zweckverband erhebt für hoheitliches Verwaltungshandeln (Amtshandlungen), die auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse Einzelner vorgenommen werden, Kosten (Verwaltungsge-

bühren und Auslagen) auf Grund dieser Satzung und dem Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung des Zweckverbandes TAWEG. Soweit für eine Amtshandlung im Kostenverzeichnis eine Gebühr nicht festgesetzt ist, bestimmt sich die Gebühr nach der jeweils geltenden Fassung des Allgemeinen Verwaltungskostenverzeichnis der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung (ThürAllgVwKostO) vom 3. Dezember 2001 (GVBl. S. 456).

- (2) Der Zweckverband erhebt für nicht hoheitliches Verwaltungshandeln (Leistungsverwaltung), wie die Inanspruchnahme und Bereitstellung personeller und sachlicher Mittel, die Erteilung von Auskünften, Beglaubigungen, Bescheinigungen, Abschriften, Bestätigungen, Schachtscheinen u.s.w., soweit es sich nicht um Bestandteil einer Amtshandlung nach Absatz 1 handelt, Kosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen) auf Grund dieser Satzung und dem Kostenverzeichnis.
- (3) Gebühren, die auf Grund von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften erhoben werden, namentlich Gebühren nach der Gebührensatzungen zur Wasserbenutzungs- bzw. Entwässerungssatzung des Zweckverbandes TAWEG, bleiben von dieser Satzung unberührt.
- (4) Für Amtshandlungen im übertragenen Wirkungskreis gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG) vom 7. August 1991 (GVBl. S. 321).

## **§ 2**

### **Gebührenfreies Verwaltungshandeln**

Amtshandlungen und Leistungsverwaltung sind gebührenfrei, wenn

1. sie überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden oder
2. von einer Behörde in Ausübung der öffentlichen Gewalt veranlasst werden, es sei denn, dass sie ein Dritter mittelbar veranlasst hat.

## **§ 3**

### **Persönliche Gebührenfreiheit**

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Thüringen, der Landkreis Greiz, die Städte und Gemeinden des Landkreises Greiz sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts, welche nach deren Haushaltsplänen für ihre Rechnung verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, sind von der Entrichtung von Verwaltungsgebühren befreit.
- (2) Andere Gebietskörperschaften sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts, welche nach deren Haushaltsplänen für ihre Rechnung verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, kann Gebührenfreiheit eingeräumt werden, wenn die Gegenseitigkeit gewährt ist.

## **§ 4**

### **Gebühren in besonderen Fällen**

- (1) Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit des Zweckverbandes abgelehnt, so wird keine Gebühr erhoben.
- (2) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung zurückgenommen, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Amtshandlung aber noch nicht been-

det ist, oder wird ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt, oder wird eine Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen, so ermäßigt sich die vorgesehene Gebühr um ein Viertel.

- (3) Der Zweckverband kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

### **§ 5 Kostengläubiger**

Kostengläubiger ist der Zweckverband.

### **§ 6 Kostenschuldner**

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
1. wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird;
  2. wer die Leistungsverwaltung des Zweckverbandes in Anspruch nimmt;
  3. wer die Kosten durch eine gegenüber dem Zweckverband abgegebene oder ihm mitgeteilte Erklärung übernommen hat;
  4. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

### **§ 7 Kostenbemessung**

- (1) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem anliegenden Kostenverzeichnis zur Verwaltungskos-

tensatzung, das Bestandteil dieser Satzung ist.

- (2) Die Gebühren sind nach Zeitaufwand zu berechnen,
1. in den in dieser Satzung genannten Fällen;
  2. wenn Wartezeiten entstanden sind, die der Kostenschuldner zu vertreten hat.

Mit den Gebühren nach dem Zeitaufwand ist der Zeitaufwand der Beschäftigten abzugelten, die an der Vornahme der Amtshandlung bzw. Leistungserbringung direkt beteiligt sind. Die Tätigkeit von Hilfskräften (z.B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet.

### **§ 8 Rahmengebühren**

Bei Amtshandlungen oder bei der Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung, für die im Kostenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, wird die Gebühr bemessen:

1. nach der Bedeutung des Gegenstandes und dem wirtschaftlichen Nutzen für die Beteiligten,
2. nach dem tatsächlichen Verwaltungsaufwand und
3. nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kostenschuldners.

### **§ 9 Pauschalgebühren**

Die Gebühr für regelmäßig wiederkehrende Amtshandlungen oder bei regelmäßig wiederkehrender Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung kann auf Antrag für einen im voraus bestimmten Zeitraum, jedoch nicht für länger als ein Jahr, durch einen Pau-

schalbetrag abgegolten werden. Bei der Bemessung des Pauschalbetrages ist der geringere Umfang der Verwaltungsarbeit zu berücksichtigen.

### **§ 10 Auslagen**

Werden bei Amtshandlungen oder bei der Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung besondere bare Auslagen notwendig, so sind sie zu erstatten, auch wenn die Amtshandlung oder die Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung gebührenfrei bleibt. Für die Erhebung der Auslagen gelten die Vorschriften über die Gebührenerhebung entsprechend.

### **§ 11 Kostenentscheidung**

- (1) Die Kosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen) werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Kosten soll, soweit möglich, zusammen mit der Sachentscheidung ergehen.
- (2) Aus der Kostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen:
  1. der Kostengläubiger,
  2. der Kostenschuldner,
  3. das kostenpflichtige Verwaltungshandeln (Amtshandlung oder Leistungsverwaltung),
  4. die als Verwaltungsgebühren und Auslagen zu zahlenden Beträge,
  5. wo, wann und wie die Verwaltungsgebühren und Auslagen zu zahlen sind.
- (3) Die Kostenentscheidung kann mündlich ergehen; sie ist auf An-

trag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, sind auch die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.

### **§ 12 Entstehen, Fälligkeit und Kostenvorschuss**

- (1) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei dem Zweckverband, im übrigen mit der Beendigung der kostenpflichtigen Amtshandlung bzw. mit dem Beginn der Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (2) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht der Zweckverband einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (3) Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, oder die Inanspruchnahme der Leistungsverwaltung kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

### **§ 13 Stundung, Niederschlagung und Erlass**

Die Stundung, die Niederschlagung und der Erlass von Forderungen des Zweckverbandes auf Entrichtung von Verwaltungsgebühren und Auslagen richtet sich gemäß § 15 des Thüringer

Kommunalabgabengesetzes (Thür-KAG) nach den Vorschriften der Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung.

**§ 14**  
**Verwaltungsvollstreckung**  
**Kosten der Verwaltungsvollstreckung**

Die Kostenentscheidung wird nach Maßgabe des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (ThürVwZVG) in der jeweils geltenden Fassung durch Beitreibung vollstreckt. Die Kosten der Verwaltungsvollstreckung, wie Mahn-, Pfändungs-, Wegnahme- und Verwertungsgebühren, werden nach

Maßgabe der Verwaltungskostenordnung zum Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (ThürVwZVGKostO) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

**§ 15**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung des Zweckverbandes TA-WEG vom 29.11.1995 (Amtsblatt für den Landkreis Greiz 1996, S. 5 ff.) außer Kraft.

|  
**Kostenverzeichnis  
zur Verwaltungskostensatzung des  
Zweckverbandes TAWEG**

<b>Nr.</b>	<b>^ Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
<b>1.</b>	<b>Amtshandlungen</b>			
1.1	Grundsätze			
1.1.1	Amtshandlungen ist die Gesamtheit hoheitlichen Verwaltungshandeln des Zweckverbandes (z.B. Genehmigungen nach WBS oder EWS) einschließlich der in diesem Zusammenhang erforderlichen unterstützenden Verwaltungstätigkeiten (wie Auskünfte, Akteneinsicht u.s.w.).			
1.1.2	Amtshandlungen sind nicht umsatzsteuerpflichtig.			
1.2.1	Entscheidung über Anträge, Genehmigungen, Erlaubnisse, Gestattungen, Fristverlängerungen, Bewilligungen, Zustimmungen und andere Amtshandlungen, soweit in anderen Rechtsvorschriften weder eine besondere Gebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist	5,00 € bis 500,00 €		
1.3	Mündliche oder schriftliche Auskünfte soweit damit ein erheblicher Aufwand verbunden ist	5,00 € bis 250,00 €...		
1.4	Beglaubigung und Bescheinigung			
1.4.1	Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen	2,50 €		
1.4.2	Erteilung einer Ausfertigung, Beglaubigung einer Abschrift oder Ablichtung zusätzlich zu der Gebühr nach 1.4.1	1,50 €		
1.4.3	Bescheinigung einfacher Art	1,50 €		
1.4.3	Bescheinigung bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	5,00 € bis 15,00 €		
1.5	Gewährung von Einsicht in Akten, Karteien, Bücher u.s.w., wenn ein Beschäftigter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss	nach Zeitaufwand (1.6)		

<b>Nr.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
1.6	Gebühren nach dem Zeitaufwand			
1.6.1	Grundsätze Gebühren nach dem Zeitaufwand werden je angefangene 1/4 Stunde berechnet			
1.6.2	Ingenieurleistungen (je 1/4 Stunde )	8,37 €		
1.6.3	Meisterstunden (je 1/4 Stunde )	7,24 €		
1.6.4	Sachbearbeiter und sonstige Mitarbeiter (je 1/4 Stunde )	5,52 €		
1.6.5	Zuschlag zu Nr. 1.6.2 bis 1.6.4 für Tätigkei- ten außerhalb der Dienstzeit		25 v.H.d. Gebühren	
<b>2.</b>	<b>Leistungsverwaltung</b>			
2.1	Grundsätze			
2.1.1	Leistungsverwaltung ist das nicht hoheit- liche Verwaltungshandeln des Zweckver- bandes (z.B. Verwaltungstätigkeiten au- ßerhalb eines Genehmigungsverfahrens nach WBS oder EWS). Der Zweckverband wird als "Dienstleister" tätig.			
2.1.2	Leistungsverwaltung ist nicht umsatz- steuerpflichtig, soweit es ausschließlich oder überwiegend die Abwasserbeseitigung betrifft.			
2.1.3	Im Bereich der Wasserversorgung gilt der Steuersatz von 16 %. Der ermäßigte Steuer- satz von derzeit 7 % ist nur der Wasser- lieferung vorbehalten.			
2.2	Mündliche oder schriftliche Auskünfte, so- weit damit ein erheblicher Aufwand ver- bunden ist	5,00 € bis 250,00 €	16 %	5,80 € 290,00 €
2.3	Beglaubigung und Bescheinigung			
2.3.1	Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen	2,50 €	16 %	2,90 €
2.3.2	Erteilung einer Ausfertigung, Beglaubi- gung einer Abschrift oder Ablichtung zu- sätzlich zu der Gebühr nach 2.3.1	1,50 €	16 %	1,74 €

2.3.3 Bescheinigung einfacher Art 1,50 € 16 % 1,74 €

<b>Nr.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
------------	-------------------	---------------------	-------------	----------------------

2.3.4	Bescheinigung bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	5,00 € bis 15,00€	16 % 16 %	5,80 € 17,40 €
-------	--	----------------------	--------------	-------------------

2.4	Gewährung von Einsicht in Akten, Karteien, Bücher u.s.w., wenn ein Beschäftigter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss	nach Zeitaufwand (2.5)		
-----	--	------------------------	--	--

2.5 Gebühren nach dem Zeitaufwand

2.5.1 Grundsätze  
Gebühren nach dem Zeitaufwand werden je angefangene 1/4 Stunde berechnet.

2.5.2	Ingenieurleistungen (je 1/4 Stunde )	8,37 €	16%	9,71 €
-------	---	--------	-----	--------

2.5.3	Meisterstunden (je 1/4 Stunde )	7,24 €	16 %	8,40 €
-------	------------------------------------	--------	------	--------

2.5.4	Sachbearbeiter und sonstige Mitarbeiter (je 1/4 Stunde )	5,52 €	16 %	6,40 €
-------	---	--------	------	--------

2.5.5	Zuschlag zu Nr. 2.5.2 bis 2.5.4 für Tätigkeiten außerhalb der Dienstzeit	25 v.H.d. Gebühren		
-------	--	--------------------	--	--

2.6 Gewerbliche Leistungen – Trinkwasser

2.6.1	Wasserzählerwechsel bei Frostschaden oder sonstiger Beschädigung (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten ) bei Zählergröße:	QN 2.5	78,29 €	16 %	90,82 €
		QN 6.0	87,66 €	16 %	101,69 €
		QN 10.0	115,91 €	16 %	134,46 €
		QN 15.0	747,16 €	16 %	866,71 €
		QN 25.0	906,11 €	16 %	1.051,09 €
		QN 40.0	1.058,56 €	16 %	1.227,93 €
		QN 60.0	1.449,01 €	16 %	1.680,85 €

2.6.2	Einbau bzw. Wechsel der Wasserzählergarnitur (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz, einen gewerblich Beschäftigten, Zählergarnitur und zwei Verschraubungen) bei Zählergröße:	QN 2.5	146,09 €	16 %	169,46 €
		QN 6.0	222,34 €	16 %	257,91 €
		QN 10.0	343,94 €	16 %	398,97 €

2.6.3 Einbau bzw. Wechsel eines Absperrventils (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz, einen gewerblich Beschäftigten,

D-Ventil und Verbindungsstücke) bei Nenn-				
weite bis	1,0 Zoll	84,44 €	16 %	97,95 €
	1,5 Zoll	95,44 €	16 %	110,71 €

<b>Nr.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
2.6.4	Ablesung eines Wasserzählers auf Kundenwunsch (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten)	33,42 €	16 %	38,77 €
2.6.5	In- bzw. Außerbetriebnahme der Kundenanlage (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten)	60,76 €	16 %	70,48 €
2.6.6	Befundprüfung eines Wasserzählers gemäß § 20 Abs. 2 der Wasserbenutzungs-satzung bis einschließlich QN 6.0 (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten)	117,66 €	16 %	136,49 €
2.6.7	Befundprüfung eines Wasserzählers gemäß § 20 Abs. 2 der Wasserbenutzungs-satzung ab einschließlich QN 10.0 (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten)	130,01 €	16 %	150,81 €
2.6.8	Eintragung in das Installateurverzeichnis des Zweckverbandes TAWEG	50,00 €	16 %	58,00 €
2.6.9	Bereitstellung eines Wasserwagens bis 1 m <sup>3</sup> Volumen für bis zu 2 Tage und je weitere 2 Tage (Desinfektion, befüllen, aufstellen, vorhalten und abtransportieren)	92,40 €	16 %	107,18 €
2.6.10	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser in der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz) je angefangene 1/4 Stunde	9,30 €	16 %	10,79 €
2.6.11	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser werktags außerhalb der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Überstundenzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	11,29 €	16 %	13,10 €
2.6.12	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser werktags außerhalb der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Nachtzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	12,61 €	16 %	14,63 €
2.6.13	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser sonn- und feiertags (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Nachtzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	13,93 €	16 %	16,16 €

<b>Nr.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
2.7	Gewerbliche Leistungen - Abwasser			
2.7.1	Einsatz des Hochdruckspülgerätes (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten) je angefangene 1/4 Stunde	24,50 €		
2.7.2	Einsatz der Handkamera (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten) je angefangene 1/4 Stunde	10,40 €		
2.7.3	Einsatz des Kamerafahrzeuges (einschließlich An- und Abfahrt, Technikeinsatz und einen gewerblich Beschäftigten) je angefangene 1/4 Stunde	13,33 €		
2.7.4	Überprüfung von Grundstückskläranlagen zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit, insbesondere der Feststellung des Schlammspiegels	17,76 €		
2.7.5	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Abwasser in der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz) je angefangene 1/4 Stunde	8,88 €		
2.7.6	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Abwasser werktags außerhalb der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Überstundenzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	10,73 €		
2.7.7	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser werktags außerhalb der regulären Arbeitszeit (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Nachtzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	11,97 €		
2.7.8	Einsatz eines gewerblich Beschäftigten im Meisterbereich Wasser sonn- und feiertags (einschließlich Fahrzeugeinsatz und Nachtzuschlag) je angefangene 1/4 Stunde	13,21 €		

### **3. Auslagen**

- 3.1 Grundsätze
- 3.1.1 Auslagen sind nicht umsatzsteuerpflichtig, soweit sie Amtshandlungen, ausschließlich

oder überwiegend Leistungsverwaltung im Bereich der Abwasserbeseitigung oder an Dritte gezahlte Entgelte (z.B. Post) betreffen.

<b>Nr.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr netto</b>	<b>USt.</b>	<b>Gebühr brutto</b>
3.1.2	Auslagen der Leistungsverwaltung im Bereich der Wasserversorgung sind zu 16 % umsatzsteuerpflichtig.			
3.2	Schreibuslagen			
3.2.1	Schriftliche Entgegennahme eines mündlichen Antrags oder einer Erklärung, z.B. in einem Genehmigungsverfahren, (je angefangene Seite DIN A 4)	2,00 €	16 %	2,32 €
3.2.2	Sonstige Schreibarbeiten, z.B. Zustimmung des Zweckverbandes in einem Genehmigungsverfahren, (je angefangene Seite DIN A 4)	2,00 €	16 %	2,32 €
3.3	Fotokopien			
3.3.1	DIN A 4	0,25 €	16 %	0,29 €
3.3.2	DIN A 3	0,40 €	16 %	0,46 €
3.4	Briefpost und Telekommunikation			
3.4.1	Auslagen für Briefe mit einem Gewicht bis 50 g und Telefongespräche im Orts- oder Nahbereich werden nicht erhoben.			
3.4.2	Alle anderen an die Post gezahlten Entgelte			in voller Höhe
3.4.3	Förmliche Zustellung durch einen Beschäftigten des Zweckverbandes			in Höhe der entsprechenden Postgebühr

Greiz, 2003-12-04

Dr. Hemmann  
Verbandsvorsitzender

### **Hinweis nach § 21 Abs. 4 ThürKO**

„Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- und Formschriften, die in der ThürKO enthalten oder auf Grund der ThürKO erlassen worden ist, zustande gekommen, so ist die Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden

ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Wurde eine Verletzung nach Satz 1 geltend gemacht, so kann auch nach dem Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

**Satzung für die Benutzung  
der öffentlichen  
Wasserversorgungsein-  
richtung des Zweckverbandes  
des  
Trinkwasserversorgung  
und Abwasserbeseitigung  
Weiße Elster - Greiz (TA-  
WEG)  
(Wasserbenutzungssatzung - WBS)**

Vom 04.12.2003

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes TAWEG hat aufgrund der §§ 20 Abs. 2, 23 Abs. 1 S. 1 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290 ff.) i.V.m. § 19 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41 ff.) in ihrer Sitzung vom 26.11.2003 die folgende Satzung für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung des Zweckverbandes Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz (TA-WEG) beschlossen:

**§ 1  
Öffentliche Einrichtung**

- (1) Der Zweckverband betreibt eine öffentliche Einrichtung zur Wasserversorgung.
- (2) Art und Umfang dieser Wasserversorgungseinrichtung bestimmt der Zweckverband.

**§ 2  
Grundstücksbegriff, Grund-  
stückseigentümer**

- (1) Grundstücke im Sinne dieser Satzung sind abgegrenzte Teile der Erdoberfläche, die im Bestandsverzeichnis eines Grundbuchblattes unter einer besonderen Nummer eingetragen sind. Mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinne des Grundbuchs stellen ein Grundstück im Sinne dieser Satzung dar, wenn sie wegen verbindlicher planerischer Feststellung oder tatsächlicher Geländebeziehungen nur in dieser Form baulich oder gewerblich nutzbar sind, diese Grundstücke oder Grundstücksteile aneinander angrenzen und die Eigentumsverhältnisse insoweit identisch sind.
- (2) Die Vorschriften dieser Satzung für die Grundstückseigentümer gelten auch für Erbbauberechtigte und Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechtes im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB). Von mehreren dinglich am Grundstück Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner. § 2 Abs. 3 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) bleibt unberührt.

**§ 3  
Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Satzung haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

**Versorgungsleitungen** sind die Wasserleitungen im Wasserversorgungsgebiet, von denen die Grundstücksanschlüsse abzweigen.

**Grundstücksanschlüsse** sind die Wasserleitungen von der Abzweigstelle der Versorgungsleitung bis zur Übergabestelle. Sie beginnen mit der Anschlussvorrichtung und enden mit der Hauptabsperrvorrichtung.

**Anschlussvorrichtung** ist die Vorrichtung zur Wasserentnahme aus der Versorgungsleitung, umfassend Anbohrschelle oder Abzweig samt den dazugehörigen technischen Einrichtungen.

**Hauptabsperrvorrichtung** ist die erste Absperrarmatur der Wasserzähleranlage, mit der die nachfolgenden Anlagen des Grundstückseigentümers nebst Wasserzähler abgesperrt werden können. Sie befindet sich grundsätzlich auf dem Grundstück.

**Übergabestelle** ist das Ende des Grundstücksanschlusses hinter der Hauptabsperrvorrichtung. Sie befindet sich grundsätzlich auf dem Grundstück.

**Wasserzähler** ist eine Messeinrichtung, die die aus der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung über die Anlagen des Grundstückseigentümers entnommene Wassermenge erfasst. Er befindet sich grundsätzlich auf dem Grundstück.

**Anlagen des Grundstückseigentümers** (Verbrauchsleitungen) sind die

Gesamtheit der Anlagenteile in Grundstücken oder in Gebäuden hinter der Übergabestelle, mit Ausnahme des Wasserzählers. Sie können auch außerhalb des Grundstücks liegen.

#### § 4

#### **Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Grundstückseigentümer kann verlangen, dass sein Grundstück nach Maßgabe dieser Satzung an die Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen und mit Wasser beliefert wird.
- (2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Versorgungsleitung erschlossen werden. Der Grundstückseigentümer kann nicht verlangen, dass eine neue Versorgungsleitung hergestellt oder eine bestehende Versorgungsleitung geändert wird. Welche Grundstücke durch die Versorgungsleitung erschlossen werden, bestimmt der Zweckverband.
- (3) Der Zweckverband kann den Anschluss eines Grundstücks an eine bestehende Versorgungsleitung versagen, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstücks oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen dem Zweckverband erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert, es sei denn, der Grundstückseigentümer übernimmt die Mehrkosten, die mit dem Bau und Betrieb zusammenhängen und leistet auf Verlangen Sicherheit.
- (4) Der Zweckverband kann das Benutzungsrecht in begründeten

Einzelfällen ausschließen oder einschränken. Das gilt nicht, soweit die Bereitstellung von Wasser in Trinkwasserqualität oder für die Vorhaltung von Löschwasser erforderlich ist.

### **§ 5**

#### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Die zum Anschluss Berechtigten (§ 4) sind verpflichtet, die Grundstücke, auf denen Wasser verbraucht wird, an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung anzuschließen (Anschlusszwang). Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist.
- (2) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen sind, ist der gesamte Bedarf an Wasser im Rahmen des Benutzungsrechtes (§ 4) ausschließlich aus dieser Einrichtung zu decken (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke. Gesammeltes Niederschlagswasser darf ordnungsgemäß für Zwecke der Gartenbewässerung genutzt werden.

### **§ 6**

#### **Befreiung von Anschluss- oder Benutzungszwang**

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung wird auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des öffentlichen Wohls nicht zumutbar ist.

- (2) Von der Benutzung für einen bestimmten Verbrauchszweck oder Teilbedarf ist auch dann auf Antrag Befreiung zu erteilen, soweit sie für die öffentliche Wasserversorgung wirtschaftlich zumutbar ist und nicht andere Rechtsvorschriften oder Gründe der Volksgesundheit entgegenstehen.
- (3) Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei dem Zweckverband einzureichen. Die Befreiung kann auch befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.
- (4) Vor der Errichtung oder Inbetriebnahme einer Eigengewinnungsanlage hat der Grundstückseigentümer dem Zweckverband Mitteilung zu machen; dasselbe gilt, wenn eine solche Anlage nach dem Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung weiterbetrieben werden soll. Er hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von dieser Eigengewinnungsanlage keine Rückwirkungen auf die öffentliche Wasserversorgungsanlage möglich sind. Bei einer Nachspeisung von Trinkwasser aus der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung in eine Eigengewinnungsanlage ist ein freier Auslauf zu verwenden.
- (5) Die über Eigengewinnungsanlagen im Haushalt verbrauchte Wassermenge ist über einen den eichrechtlichen Vorschriften entsprechenden Brauchwasserzähler zu messen. Der Brauchwasserzähler ist Eigentum des Grundstückseigentümers. Die Lieferung, Aufstellung, technische Überwachung, Unterhaltung, Auswechslung und Entfernung sind Aufgabe des Grundstücksei-

gentümers und haben nach den Bestimmungen des Zweckverbandes zu erfolgen.

### **§ 7 Sondervereinbarungen**

- (1) Ist der Grundstückseigentümer nicht zum Anschluss berechtigt (§ 4 Abs. 2), so kann der Zweckverband durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen.
- (2) Für dieses Benutzungsverhältnis gelten die Bestimmungen dieser Satzung, der Beitragssatzung zur Wasserbenutzungssatzung und der Gebührensatzung zur Wasserbenutzungssatzung entsprechend. Soweit es sachgerecht ist, kann die Sondervereinbarung auch abweichende Regelungen treffen.
- (3) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, den Zweckverband unverzüglich über eine Veräußerung des Grundstücks zu informieren und die Sondervereinbarung auf den Grundstückserwerber zu übertragen. Vorbehaltlich einer ausdrücklichen Übertragung gehen die Rechte und Pflichten aus der Sondervereinbarung auch durch tatsächliche Inanspruchnahme (Wasserbezug) auf den Grundstückserwerber über. § 21 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend auch für diejenigen Sondervereinbarungen, die vom Rechtsvorgänger des Zweckverbandes auf der Grundlage der Wasserversorgungsbedingungen der DDR (GBl. 1972, 77 ff.) geschlossen wurden.

### **§ 8 Grundstücksanschluss**

- (1) Die Grundstücksanschlüsse stehen vorbehaltlich abweichender Vereinbarung im Eigentum des Zweckverbandes. Sie sind Teil der öffentlichen Einrichtung, soweit sie im öffentlichen Straßenkörper verlaufen.
- (2) Der Zweckverband bestimmt Zahl, Art, Nennweite und Führung der Grundstücksanschlüsse sowie deren Änderung. Er bestimmt auch, wo und an welche Versorgungsleitung anzuschließen ist. Der Grundstückseigentümer ist vorher zu hören; seine berechtigten Interessen sind nach Möglichkeit zu wahren. Soll der Grundstücksanschluss auf Wunsch des Grundstückseigentümers nachträglich geändert werden, so kann der Zweckverband verlangen, dass die näheren Einzelheiten einschließlich der Kostentragung vorher in einer gesonderten Vereinbarung geregelt werden.
- (3) Der Grundstücksanschluss wird von dem Zweckverband hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt. Er muss zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein.
- (4) Der Grundstückseigentümer hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Grundstücksanschlusses zu schaffen. Der Zweckverband kann hierzu schriftlich eine angemessene Frist setzen. Der Grundstückseigentümer darf keine Einwirkungen auf den Grundstücksanschluss vornehmen oder vornehmen lassen. Grundstücksan-

schlüsse dürfen nicht überbaut werden; die Freilegung muss stets möglich sein.

- (5) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben jede Beschädigung des Grundstücksanschlusses, insbesondere das Undichtwerden der Leitungen, sowie sonstige Störungen unverzüglich dem Zweckverband mitzuteilen.

### **§ 9**

#### **Anlage des Grundstückseigentümers**

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Anlage von der Übergabestelle ab, mit Ausnahme des Wasserzählers, zu sorgen. Hat er die Anlage oder Teile davon einem anderen vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so ist er neben dem anderen verpflichtet.
- (2) Die Anlage darf nur unter Beachtung der Vorschriften dieser Satzung und anderer gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie nach den anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und unterhalten werden. Anlage und Verbrauchseinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass Störungen anderer Abnehmer oder der öffentlichen Versorgungseinrichtungen sowie Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind. Der Anschluss wasserverbrauchender Einrichtungen jeglicher Art geschieht auf Gefahr des Grundstückseigentümers.
- (3) Es dürfen nur Materialien und Geräte verwendet werden, die entsprechend den anerkannten

Regeln der Technik beschaffen sind. Das Zeichen einer anerkannten Prüfstelle (z.B. DIN-DVGW, DVGW, GS- oder DIN-EN-Zeichen) bekundet, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind.

- (4) Anlagenteile, die sich vor dem Wasserzähler befinden, können plombiert werden. Ebenso können Anlagenteile, die zur Anlage des Grundstückseigentümers gehören, unter Plombenverschluss genommen werden, um eine einwandfreie Messung zu gewährleisten. Die dafür erforderliche Ausstattung der Anlage ist nach den Angaben des Zweckverbandes zu veranlassen.

### **§ 10**

#### **Zulassung und Inbetriebsetzung der Anlage des Grundstückseigentümers**

- (1) Bevor die Anlage des Grundstückseigentümers hergestellt oder wesentlich geändert wird, sind bei dem Zweckverband folgende Unterlagen in doppelter Ausfertigung einzureichen:
- a) eine Beschreibung der geplanten Anlage des Grundstückseigentümers und ein Lageplan,
  - b) der Name des Unternehmers, der die Anlage errichten soll,
  - c) Angaben über eine etwaige Eigenversorgung,
  - d) im Falle des § 4 Abs. 3 die Verpflichtung zur Übernahme der Mehrkosten.
- Alle Unterlagen sind von den Bauherren und den Planfertigern zu unterschreiben.
- (2) Der Zweckverband prüft, ob die beabsichtigten Anlagen den Bestimmungen dieser Satzung ent-

sprechen. Ist das der Fall, so erteilt der Zweckverband schriftlich seine Zustimmung und gibt eine Ausfertigung der eingereichten Unterlagen mit Zustimmungsvermerk zurück. Stimmt der Zweckverband nicht zu, setzt er dem Bauherrn unter Angabe der Mängel eine angemessene Frist zur Berichtigung. Die geänderten Unterlagen sind sodann erneut einzureichen. Die Zustimmung und die Überprüfung befreien den Grundstückseigentümer, den Bauherrn, den ausführenden Unternehmer und den Planfertiger nicht von der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung der Anlagen.

- (3) Mit den Installationsarbeiten darf erst nach schriftlicher Zustimmung des Zweckverbandes begonnen werden. Eine Genehmigungspflicht nach sonstigen, insbesondere nach straßen-, bau- und wasserrechtlichen Bestimmungen bleibt durch die Zustimmung unberührt.
- (4) Die Errichtung der Anlage und wesentliche Veränderungen dürfen nur durch ein Installationsunternehmen erfolgen, das in ein Installateurverzeichnis des Zweckverbandes eingetragen ist. Der Zweckverband ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.
- (5) Der Grundstückseigentümer hat jede Inbetriebsetzung der Anlage bei dem Zweckverband über das Installationsunternehmen zu beantragen. Der Anschluss der Anlage an das Verteilernetz und die Inbetriebsetzung erfolgen durch den Zweckverband oder seinen Beauftragten.

- (6) Von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 kann der Zweckverband Ausnahmen zulassen.

## **§ 11**

### **Überprüfung der Anlage des Grundstückseigentümers**

- (1) Der Zweckverband ist berechtigt, die Anlage des Grundstückseigentümers vor und nach ihrer Inbetriebnahme zu überprüfen. Er hat auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.
- (2) Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist der Zweckverband berechtigt, den Anschluss oder die Versorgung zu verweigern; bei Gefahr für Leib oder Leben ist er hierzu verpflichtet.
- (3) Durch die Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilernetz übernimmt der Zweckverband keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn er bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib oder Leben darstellen.

## **§ 12**

### **Abnehmerpflichten, Haftung**

- (1) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben dem Beauftragten des Zweckverbandes, der sich auszuweisen hat, den Zutritt zu allen der Wasserversorgung dienenden Einrichtungen zu ge-

statten, soweit dies zur Nachschau der Wasserleitungen, zum Ablesen der Wasserzähler und deren Auswechslung, zum Absperren der Hauptabsperrvorrichtung und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung und die von dem Zweckverband auferlegten Bedingungen und Auflagen erfüllt werden, erforderlich ist. Der Grundstückseigentümer sowie die Benutzer des Grundstücks werden davon nach Möglichkeit vorher verständigt.

- (2) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer sind verpflichtet, alle für die Prüfung des Zustandes der Anlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Sie haben die Verwendung zusätzlicher Verbrauchseinrichtungen vor Inbetriebnahme dem Zweckverband mitzuteilen, soweit sich dadurch die vorzuhaltende Leistung wesentlich erhöht.
- (3) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haften dem Zweckverband für von ihnen verschuldete Schäden, die auf eine Verletzung ihrer Pflichten nach dieser Satzung zurückzuführen sind.

### **§ 13 Grundstücksbenutzung**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Zu- und Fortleitung von Wasser über sein im Versorgungsgebiet liegendes Grundstück sowie sonstige Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen, wenn und soweit diese Maßnahmen für die örtliche Wasserversorgung erforderlich sind. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die Wasserversorgung angeschlos-

sen oder anzuschließen sind, die vom Eigentümer im wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem angeschlossenen oder zum Anschluss vorgesehenen Grundstück genutzt werden oder für die die Möglichkeit der Wasserversorgung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Die Verpflichtung entfällt, soweit die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer in unzumutbarer Weise belasten würde.

- (2) Der Grundstückseigentümer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme seines Grundstückes zu benachrichtigen.
- (3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat der Zweckverband zu tragen, soweit die Einrichtungen nicht ausschließlich der Versorgung des Grundstücks dienen.
- (4) Wird der Wasserbezug gemäß § 21 Abs. 2 oder 3 eingestellt, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, nach Wahl des Zweckverbandes die Entfernung der Einrichtungen zu gestatten oder sie noch fünf Jahre unentgeltlich zu belassen, sofern dies nicht unzumutbar ist.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

### **§ 14 Art und Umfang der Versorgung**

- (1) Der Zweckverband stellt das Wasser zu dem in der Gebührensatzung aufgeführten Entgelt zur Verfügung. Er liefert das Wasser als Trinkwasser unter dem Druck und in der Beschaffenheit, die in dem betreffenden Abschnitt des Versorgungsgebietes üblich sind, entsprechend den jeweils geltenden Rechtsvorschriften und den anerkannten Regeln der Technik. Stellt der Grundstückseigentümer weiter gehende Anforderungen an Beschaffenheit und Druck, so obliegt es ihm selbst, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.
- (2) Der Zweckverband ist berechtigt, die Beschaffenheit und den Druck des Wassers im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik zu ändern, sofern dies aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend erforderlich ist. Der Zweckverband wird eine dauernde wesentliche Änderung den Wasserabnehmern nach Möglichkeit mindestens zwei Monate vor der Umstellung schriftlich oder öffentlich bekannt geben und die Belange der Anschlussnehmer möglichst berücksichtigen. Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, ihre Anlagen auf eigene Kosten den geänderten Verhältnissen anzupassen.
- (3) Der Zweckverband stellt das Wasser im Allgemeinen ohne Beschränkung zu jeder Tag- und Nachtzeit am Ende des Grundstücksanschlusses zur Verfügung. Dies gilt nicht, soweit und solange der Zweckverband durch höhere Gewalt, durch Betriebsstörungen, Wassermangel oder sonstige technische oder wirtschaftliche Umstände, deren Beseitigung ihm nicht zumutbar ist, an der Wasserversorgung gehindert ist. Der Zweckverband kann die Belieferung mengenmäßig oder zeitlich beschränken oder unter Auflagen und Bedingungen gewähren, soweit das zur Wahrung des Anschluss- und Benutzungsrechts der anderen Berechtigten erforderlich ist. Der Zweckverband darf ferner die Lieferung unterbrechen, um betriebsnotwendige Arbeiten vorzunehmen. Soweit möglich, gibt der Zweckverband Absperrungen der Wasserleitung vorher schriftlich oder öffentlich bekannt und unterrichtet die Abnehmer über Umfang und vorraussichtliche Dauer der Unterbrechung.
- (4) Das Wasser wird lediglich zur Deckung des Eigenbedarfes für die angeschlossenen Grundstücke geliefert. Die Überleitung von Wasser in ein anderes Grundstück bedarf der schriftlichen Zustimmung des Zweckverbandes.
- (5) Für Einschränkungen oder Unterbrechungen der Wasserlieferung und für Änderungen des Drucks oder der Beschaffenheit des Wassers, die durch höhere Gewalt, Wassermangel oder sonstige technische oder wirtschaftliche Umstände, die der Zweckverband nicht abwenden kann, oder die aufgrund behördlicher Verfügungen veranlasst sind, steht dem Grundstückseigentümer kein Anspruch auf Minderung verbrauchsunabhängiger Gebühren zu.

**§ 15**

**Anschlüsse und Benutzung der Wasserleitung für**

### **Feuerlöschzwecke**

- (1) Sollen auf einem Grundstück private Feuerlöschanschlüsse eingerichtet werden, so sind über die näheren Einzelheiten einschließlich der Kostentragung besondere Vereinbarungen zwischen dem Grundstückseigentümer, der jeweiligen Gemeinde und dem Zweckverband zu treffen.
- (2) Private Feuerlöscheinrichtungen werden mit Wasserzählern ausgerüstet. Sie müssen auch für die Feuerwehr benutzbar sein.
- (3) Die Grundstückseigentümer und die Benutzer haben ihre Leitungen und ihre Eigenanlagen auf Verlangen zu Feuerlöschzwecken zur Verfügung zu stellen. In diesen Fällen dürfen sie ohne zwingenden Grund kein Wasser entnehmen.
- (4) Bei Feuergefahr hat der Zweckverband das Recht, Versorgungsleitungen und Grundstücksanschlüsse vorübergehend abzusperren. Dem von der Absperung betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Benutzer steht hierfür kein Entschädigungsanspruch zu.

### **§ 16**

#### **Wasserabgabe für vorübergehende Zwecke**

#### **Wasserabgabe aus öffentlichen Entnahmestellen**

- (1) Der Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser oder sonstigen vorübergehenden Zwecken ist rechtzeitig bei dem Zweckverband zu beantragen. Muss das Wasser von einem anderen Grundstück bezogen werden, so ist die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers bei-

zubringen. Über die Art der Wasserabgabe entscheidet der Zweckverband; er setzt die weiteren Bedingungen für den Wasserbezug fest.

- (2) Falls Wasser aus öffentlichen Hydranten nicht zum Feuerlöschen, sondern zu anderen vorübergehenden Zwecken entnommen werden soll, stellt der Zweckverband auf Antrag einen Wasserzähler, gegebenenfalls Absperrvorrichtungen und Standrohr zur Verfügung und setzt die Bedingungen für die Benutzung fest.

### **§ 17**

#### **Haftung bei Versorgungsstörungen**

- (1) Für Schäden, die ein Grundstückseigentümer durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung erleidet, haftet der Zweckverband aus dem Benutzungsverhältnis oder aus unerlaubter Handlung im Falle
  1. der Tötung oder Verletzung des Körpers oder der Gesundheit des Grundstückseigentümers, es sei denn, dass der Schaden von dem Zweckverband oder einem Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen weder vorsätzlich noch fahrlässig verursacht worden ist;
  2. der Beschädigung einer Sache, es sei denn, dass der Schaden weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit des Zweckverbandes oder eines Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen verursacht worden ist;

3. eines Vermögensschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit eines vertretungsberechtigten Organs des Zweckverbandes verursacht worden ist.

§ 831 Abs. 1 S. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ist nur bei vorsätzlichem Handeln von Verrichtungsgehilfen anzuwenden.

- (2) Gegenüber Benutzern und Dritten, an die der Grundstückseigentümer das gelieferte Wasser im Rahmen des § 14 Abs. 4 weiterleitet, haftet der Zweckverband für Schäden, die diesen durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung entstehen, wie einem Grundstückseigentümer.
- (3) Die Absätze 1 und 2 sind auch auf Ansprüche von Grundstückseigentümern anzuwenden, die diese gegen ein drittes Wasserversorgungsunternehmen aus unerlaubter Handlung geltend machen. Der Zweckverband ist verpflichtet, den Grundstückseigentümern auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch ein drittes Unternehmen zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und dies zur Geltendmachung des Schadenersatzes erforderlich ist.
- (4) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter fünfzehn Euro.

(5) Schäden sind dem Zweckverband unverzüglich mitzuteilen.

### **§ 18 Wasserzähler**

- (1) Die verbrauchte Wassermenge wird durch Wasserzähler festgestellt, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen müssen. Bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen kann die entnommene Menge auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung nicht im Verhältnis zur Höhe des Verbrauches stehen.
- (2) Die Wasserzähler sind Eigentum des Zweckverbandes. Lieferung, Anbringung, technische Überwachung, Unterhaltung, Auswechslung und Entfernung der Wasserzähler sind Aufgabe des Zweckverbandes. Bei der Anbringung hat der Zweckverband so zu verfahren, dass eine einwandfreie Messung gewährleistet ist. Er hat den Grundstückseigentümer zuvor anzuhören und seine berechtigten Interessen zu wahren.
- (3) Der Zweckverband hat auf Verlangen des Grundstückseigentümers die Wasserzähler zu verlegen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist und der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die Kosten zu übernehmen.
- (4) Der Grundstückseigentümer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung der Wasserzähler, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Er hat Beschädigungen, Störungen und den Verlust dieser Einrichtungen dem Zweckverband unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, sie vor

Abwasser, Schmutz- und Grundwasser sowie Frost zu schützen.

- (5) Die Wasserzähler werden von einem Beauftragten des Zweckverbandes möglichst in gleichen Zeitabständen oder auf Verlangen des Zweckverbandes vom Grundstückseigentümer selbst abgelesen. Dieser hat dafür zu sorgen, dass die Wasserzähler leicht zugänglich sind.

### **§ 19**

#### **Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze**

- (1) Der Zweckverband kann verlangen, dass der Grundstückseigentümer auf eigene Kosten an der Grundstücksgrenze nach seiner Wahl einen geeigneten Wasserzählerschacht oder Wasserzählerschrank anbringt, wenn
1. das Grundstück unbebaut ist oder
  2. die Versorgung des Gebäudes mit Grundstücksanschlüssen erfolgt, die länger als 15 m sind oder nur unter besonderen Erschwernissen verlegt werden können oder
3. kein Raum zur frostsicheren Unterbringung des Wasserzählers vorhanden ist.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Einrichtungen in ordnungsgemäßem Zustand und jederzeit zugänglich zu halten.

### **§ 20**

#### **Nachprüfung der Wasserzähler**

- (1) Der Grundstückseigentümer kann jederzeit die Nachprüfung der Wasserzähler durch eine Eichbehörde oder eine nach der Eichordnung staatlich anerkannte

Prüfstelle verlangen. Stellt der Grundstückseigentümer den Antrag auf Prüfung nicht beim Zweckverband, so hat er diesen vor Antragstellung zu benachrichtigen.

- (2) Die Kosten der Prüfung hat der Zweckverband nur dann zu übernehmen, wenn die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst sind sie vom Grundstückseigentümer zu tragen.

### **§ 21**

#### **Änderung, Einstellung des Wasserbezuges**

- (1) Jeder Wechsel des Grundstückseigentümers ist dem Zweckverband unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (2) Will ein Grundstückseigentümer, der zur Benutzung der Wasserversorgungseinrichtung nicht verpflichtet ist, den Wasserbezug aus der öffentlichen Wasserversorgung vollständig einstellen, so hat er das mindestens eine Woche vor dem Ende des Wasserbezuges schriftlich dem Zweckverband zu melden. Maßgeblich ist der Eingang beim Zweckverband.
- (3) Will ein zum Anschluss oder zur Benutzung Verpflichteter den Wasserbezug einstellen, hat er bei dem Zweckverband Befreiung nach § 6 zu beantragen.

### **§ 22**

#### **Einstellung der Wasserlieferung**

- (1) Der Zweckverband ist berechtigt, die Wasserlieferung fristlos ganz oder teilweise einzustellen, wenn der Grundstückseigentümer oder Benutzer

dieser Satzung oder sonstigen, die Wasserversorgung betreffenden Anordnungen zuwiderhandelt und die Einstellung erforderlich ist, um

1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwenden;
  2. den Verbrauch von Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern;
  3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Abnehmer, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Zweckverbandes oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.
- (2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist der Zweckverband berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen nachkommt. Der Zweckverband kann mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Versorgung androhen.
- (3) Der Zweckverband hat die Versorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für die Einstellung entfallen sind.

### **§ 23**

#### **Ordnungswidrigkeiten**

Nach § 19 ThürKO in Verbindung mit §§ 16 Abs. 1, 23 Abs. 1 S. 1 ThürKGG kann nach dieser Bestimmung mit

Geldbuße bis zu 5.000,- € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Vorschriften über den Anschluss- und Benutzungszwang (§ 5) zuwiderhandelt;
2. eine der in § 7 Abs. 3, § 8 Abs. 5, § 10 Abs. 1, § 12 Abs. 2 und § 21 Abs. 1, 2 festgelegten Melde-, Auskunft- oder Vorlagepflicht verletzt;
3. entgegen § 9 Abs. 1, 2 Anlagen nicht unter Beachtung der Vorschriften der Satzung errichtet, erweitert, ändert oder unterhält;
4. entgegen § 10 Abs. 3 vor Zustimmung des Zweckverbandes mit den Installationsarbeiten beginnt;
5. gegen die von dem Zweckverband angeordneten Verbrauchsbeschränkungen oder Verbrauchsverbote verstößt;
6. nach § 14 Abs. 4 ohne Zustimmung Wasser auf ein anderes Grundstück überleitet.

### **§ 24**

#### **Anordnungen über den Einzelfall, Zwangsmittel**

- (1) Der Zweckverband kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

### **§ 25**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Greiz in Kraft. Gleichzeitig treten die Wasserbenut-

zungssatzungen vom 28.01.1993 und vom 03.03.2003 außer Kraft.

Greiz, 2003-12-04

Dr. Hemmann  
Verbandsvorsitzender

### **Hinweis nach § 21 Abs. 4 ThürKO**

„Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- und Formschriften, die in der ThürKO enthalten oder auf Grund der ThürKO erlassen worden ist, zustande gekommen, so ist die Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Wurde eine Verletzung nach Satz 1 geltend gemacht, so kann auch nach dem Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“